Nr. 23 XXVII. Jahrgang

Sonnabend, 25. Januar 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 26, 13 5 28, 13 5 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auskunftserteilung 10 Pf. Preiserhöhung. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach entsprechenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Preisliste und auswärtige Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifstiefen an.

Bezugspreis
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.48, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Streifb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Höchste Gefahr in der Ostmark!

Vom Oberst z. D. P. Wolff

Notschreie an die Reichsleitung dringen in immer größerer Zahl und Stärke aus dem Osten, wo die Polen einen Ort nach dem andern unter ihre Botmäßigkeit stellen. Statt mit tatsächlicher Hilfe antwortet die Regierung mit Worten, die den Deutschen nichts nützen. Wenn Herr Noske kürzlich erklärte: „Deutsches Land und deutsche Bürger im Osten dürfen die feste Zuversicht hegen, daß im Osten deutsch bleiben wird, was deutsch ist", so begnügte sich der preußische Minister Ernst bei seiner letzten Besichtigungsreise, zu erklären, daß er die augenblickliche Lage in der Provinz Posen als unabänderlich ansehe und den unterdrückten und mißhandelten Deutschen den Rat geben müsse, sich selbst zu helfen. Das war eine Ohnmachtserklärung, die die Stellung der Deutschen auf das empfindlichste geschädigt hat. Die Mißgriffe gegen die Polen begannen mit der Duldung der Tagung des polnischen Landtages in der Stadt Posen zu Anfang Dezember, der die Loslösung der ganzen Provinz Posen und wichtiger Teile von Westpreußen und Schlesien sowie ihre Eingliederung in die Republik Polen zum Programm erhob. Der Landtag setzte einen Obersten Volksrat von 80 polnischen Mitgliedern ein, der als höchstes Organ der Polen innerhalb der Grenzen des bisherigen Deutschen Reiches zu fungieren habe. Dieser Rat hat bisher mit vollem Erfolg gewirkt, da die Regierung ihm keinerlei Hindernisse in den Weg stellte, die Arbeiter- und Soldatenräte arbeiteten unter ihm planvoll und konsequent an der Loslösung der Provinz Posen vom Deutschen Reiche. Jetzt hat der Oberste Volksrat sogar die Unverfrorenheit gehabt, den Rechtsanwalt v. Trampczynsky mit der Führung der Geschäfte des Oberpräsidenten der Provinz zu betrauen und den deutschen Oberpräsidenten gegen den ausdrücklichen Willen der Reichsleitung zu entfernen. Damit ist die Spitze der Regierungsgewalt in polnische Hände gegeben und die Reichsleitung findet immer noch keinen Weg zur Rückeroberung der Provinz.

Allerdings würde dazu eine Kampftruppe auf der alten bewährten Grundlage mit kriegserfahrenen Vorgesetzten und zuverlässiger Disziplin bei strenger Aufrechterhaltung des Gehorsams erforderlich sein. Mit einer einzigen solchen Division, die die volle Unterstützung der Deutschen finden würde, würde sich die Aufgabe der Befreiung der Provinz von polnischer Herrschaft voraussichtlich schon lösen lassen. Ob die von der Regierung beabsichtigte Aufstellung einer Volkswehr sich den polnischen Machenschaften gegenüber bewähren und zu einem kampfkräftigen Machtmittel entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wächst die polnische Gefahr von Tag zu Tag und ihre Abwehr gestaltet sich immer schwieriger.

Die militärische Lage ist zur Zeit derartig, daß die große Zentralstellung Posen, die die Provinz Brandenburg gegen einen polnischen Vormarsch decken sollte, fest in polnischen Händen ist. Die Festung beherrscht alle von Osten einmündenden Bahnen und die sich strahlenförmig von dort nach Pommern, Brandenburg und Schlesien ausdehnenden Linien. Im Norden ist das Land bis ungefähr zur Netze von den Polen besetzt, Bromberg ist von ihnen bedroht. Die Grenzkreise gegen die Provinz Brandenburg sind noch in deutscher Hand, die Eisenbahnknotenpunkte Bentschen, Dombrowo und Lissa sind bedroht, die südlichen Kreise der Provinz sind in polnischer Gewalt. Jetzt hat der polnische Chef des Stabes einen amtlichen Kriegsbericht von der Posener Front herausgegeben und bekundet damit, daß sich Posen im Kriegszustande mit dem Deutschen Reiche befindet. Die Ostmark darf somit keinesfalls länger ohne militärischen Schutz gelassen werden, wenn sie nicht völlig dem Deutschen Reiche verloren gehen soll. Ihre Erhaltung für das Reich ist aber eine dringende Notwendigkeit für die Ernährung. Die Ostmark ist der Hauptsitz für die Getreide- und Kartoffelerzeugung, die für die übrigen Landesteile besonders viel beitragen kann, weil sie dünner bevölkert ist. 1913 betrug die Erzeugung der Provinz Posen an Getreide 2.2, an Kartoffeln 5.6 Millionen Tonnen, d. h. rund ein Zehntel der ganzen Ernte des preußischen Staates. Fällt die Provinz Posen für die Ernährung aus, so würden die Großstädte Mitteldeutschlands empfindlich darunter leiden. Die Polen verweigern schon jetzt die Lieferung von Lebensmitteln und sind nur durch Zurückhaltung der schlesischen Kohlen, die ihnen fehlen, zur weiteren Belieferung zu bewegen. Hätte die Regierung dieses Zwangsmittel nicht in der Hand, würde Mitteldeutschland bereits empfindlich an Lebensmittelknappheit leiden.

Die Polen berufen sich bei ihren Abtrennungsbestrebungen auf den vielfach umstrittenen Punkt 13 des Wilsonschen Programms, in dem die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates verlangt wird, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfaßt. Das Deutsche Reich besitzt aber kein Gebiet mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung. Nach der Statistik der Reichstagswahlen von 1912 wiesen die von Polen am zahlreichsten bewohnten Regierungsbezirke Posen nur 61.3 und Bromberg nur 46.9 v. H. Polen auf. In der Stadt Posen standen 13 702 deutsche Wähler 11 877 polnischen gegenüber. In den andern Regierungsbezirken ist die Zahl der polnischen Bewohner sehr viel geringer. Ferner ist zu bedenken, daß die ganze Kultur der Provinz Posen von deutscher Seite hinzugetragen ist. An der Grenze Kongreßpolens schneidet sie noch heute völlig ab. Deutschland ist daher ebenso berechtigt wie verpflichtet, die Ostmark dem Reiche zu erhalten und die Deutschen daselbst gegen die immer rücksichtsloser werdende Vergewaltigung der Polen zu schützen. Diese erklären bereits offen, die Wahlen zur Nationalversammlung unter keinen Umständen dulden zu wollen und setzen die Wahlkommissare ab. Wenigstens die Ausübung des Wahlrechts müßte gesichert werden. Es gilt den Kampf gegen einen Feind, der durch Landesverrat das Deutsche Reich in ernstlicher Weise bedroht, dessen sollten sich die regierenden Kreise endlich voll bewußt werden.

Die polnischen Gewalttaten

× Posen, 23. Januar. Der polnische Volksrat hat auf das von der preußischen Regierung wegen Freilassung der Geiseln gerichtete Telegramm eine Antwort erteilt, in der er zunächst eine Reihe von Fällen angibt, in denen Polen von deutscher Seite unmenschlich oder mit größter Härte behandelt, als Geiseln verhaftet sowie polnische Orte und polnisches Eigentum durch deutsche Soldaten geschädigt worden seien. Sodann heißt es weiter: „Der bedauerliche Unglücksfall im Kernwerk beruhte darauf, daß Gutsbesitzer v. Nara Nadity und seine Genossen die Wachmannschaften überfielen. Obduktion der Leichen ist von einer gemischten Kommission von Polen und Deutschen vorgenommen worden, strengste gerichtliche Untersuchung im Gange. Wir sind bereit, alle Geiseln und Internierten zu entlassen unter der Bedingung, daß sämtliche Polen aus Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien sowie die polnischen Rückwanderer, die im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen in den Provinzen Posen, Brandenburg, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien in Haft genommen wurden, entlassen werden. Wir haben unsre Organe beauftragt, ein Verzeichnis der von polnischer Seite festgenommenen Geiseln und Gefangenen anzufertigen, und werden es möglichst bald einreichen. Wir erbitten gleichfalls Verzeichnis der deutscherseits verhafteten Polen."

Hierzu bemerkt das WTB.: Gutsbesitzer v. Nara Nadsin und seine Begleiter sind in das Kernwerk von Posen als Gefangene, also nachdem sie vorher entwaffnet worden waren, eingeliefert worden. Wie sie unter diesen Umständen ihre Wachmannschaft überfallen konnten, ist unerfindlich.

Eine polnische Fälschung

× Berlin, 23. Januar. Mit welchen unglaublichen Mitteln die Stimmungsmache von Warschau aus betrieben wird, geht aus einer Depesche hervor, die am 9. Januar das Pressebureau des Ministeriums der äußeren Angelegenheiten in Warschau verbreitete und die in den Posener polnischen Blättern als Wolftelegramm aus Wien gebracht wurde. In dem Telegramm wird gemeldet, daß sowohl die deutschen Kaufleute in Danzig als auch die deutschen Kolonien (gemeint sind die deutschen einheimischen Bewohner Westpreußens) sich bereits für eine offizielle Verständigung mit dem polnischen Nationalrat erklärt hätten, da die Zukunft des Danziger Hafens ausschließlich von dem unbedingten Zusammenhange mit Polen abhänge. Natürlich ist niemals ein derartiges Wolftelegramm irgendwohin verbreitet worden, wie auch niemals derartige Kundgebungen von Deutschen aus Westpreußen irgendwo ernsthaft erfolgt oder den Blättern gemeldet worden sind.

Gleichstellung der polnischen Beamten

Die preußische Regierung gibt bekannt: Der Beschluß des Staatsministeriums vom 7. Februar 1898, nach dem Personen, deren Muttersprache die polnische ist, grundsätzlich nicht als Beamte innerhalb der Provinzen Westpreußen und Posen sowie des Regierungsbezirks Oppeln angestellt oder in diese Landesteile versetzt werden sollen, wird hierdurch aufgehoben.

Eine polnische Schlappe

× Bromberg, 23. Januar. Amtlich wird gemeldet: Steinburg wurde von einer starken polnischen Abteilung angegriffen. Unter Zurücklassung von 26 Toten, darunter dem Führer, einem früheren deutschen Offizierstellvertreter, wurde sie abgewiesen. Bei den Kämpfen bei Hopfgarten am 20. und 21. d. M. wurden bei Tagesanbruch noch 76 polnische Tote festgestellt.

Polnischer Kampfbericht

× Warschau, 23. Januar. (Wiener Korrespondenzbureau. Polnische Agentur.) Bericht des polnischen Generalstabes: Die Gruppe des Generals Romer räumte unter dem Drucke überwiegender feindlicher Kräfte vorübergehend Wlodzwierz und Wolynski. Oestlich Uknac und Michalowka drängten Abteilungen den Feind zurück, machten 100 Gefangene und erbeuteten zwei Maschinengewehre und andres Kriegsmaterial. Ein feindlicher Angriff nördlich Uknac wurde mit großen Verlusten für den Feind abgewiesen. Bei der Gruppe des Generals Rozwadowski bei Lemberg Patrouillengefechte und schwache Artillerietätigkeit.

Auflösung des englischen Unterhauses?

+ Bern, 24. Januar. (Priv.-Tel.) Die englische unionistische Arbeiterpartei erläßt an ihre Zweigvereine einen Aufruf, worin sie die Auflösung des neuen Unterhauses und Neuwahlen als unmittelbar bevorstehend ankündigt. In Anbetracht der vielen wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Erziehungsfragen, die dann zur Entscheidung kommen würden, fordert die Parteileitung ihre Mitglieder zu energischem Zusammenarbeiten auf.

Großer Streik in Yorkshire

× London, 23. Januar. (Reuter.) Etwa 150 000 Bergarbeiter in den Kohlengruben von Yorkshire haben wegen einer Streitigkeit über die Dauer des Arbeitstages die Arbeit niedergelegt. Der Streik wird die Arbeit der Fabriken, deren Kohlenvorräte nur gering sind, ernstlich beeinflussen.

Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterd. Courant" aus London vom 22. Januar schreibt das liberale Abendblatt „Star", daß die Arbeiterschwierigkeiten in England beängstigende Formen anzunehmen beginnen, weil die Regierung mit der Einführung einer kürzeren Arbeitswoche so lange zögert. Nach einer andern Meldung des „Rotterd. Courant" aus London wird der Ausstand der Bergarbeiter in Yorkshire in kürzester Zeit die Stillegung von Industrien, die zusammen über eine Million Menschen beschäftigen, zur Folge haben.

Dreiviertel Millionen Arbeiter im Ausstand

♡ Rotterdam, 24. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: Lloyd George wird in England dringend erwartet, um mit den Führern der Gewerkschaften zu unterhandeln. „Star" beziffert die Zahl der Streikenden in den Bergwerken, der Industrie und den Verkehrsbetrieben auf ¾ Millionen.

Die internationale Sozialistenkonferenz

* Berlin, 24. Januar. Die internationalen Sozialisten-Beratungen in Bern, die jetzt beginnen, werden in zwei getrennten Konferenzen abgehalten. Die eine, die eigentliche Sozialisten-Konferenz, soll im wesentlichen politisch sein und ihre Hauptaufgabe darin sehen, die Politik Wilsons zu unterstützen. Ein Teil der Vertreter will sogar so weit gehen, einen Generalstreik in allen Ländern in Aussicht zu nehmen, falls ernste Widerstände gegen das Wilsonsche Programm sich geltend sollten. Die zweite Konferenz, der Kongreß der internationalen Gewerkschaftsbünde, wird hauptsächlich Fragen rein sozialer Natur behandeln, wie Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Arbeitsverhältnisse und Lohnfragen. Es soll dabei als ein Ziel des Völkerbundes festgesetzt werden, daß vom internationalen Handel solche Waren, die unter ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt sind, auszuschließen sind. Zwischen den ursprünglich getrennt abgehaltenen Konferenzen soll später ein Uebereinkommen über die gefaßten Beschlüsse erzielt werden.

Die Haltung der Belgier

× Brüssel, 23. Januar. (Agence Havas.) In der Vormittagssitzung des Generalrats der sozialistischen Partei wurde über den Verlauf der sozialistischen Konferenz in Paris Bericht erstattet. Der Rat entschied fast einstimmig, es sei keine Veranlassung vorhanden, auf der internationalen Konferenz mit den deutschen Sozialisten zusammenzutreffen. Die belgischen Sozialisten werden sich in einigen Tagen zur internationalen Sozialistenkonferenz nach Paris begeben.

Verweigerung der Pässe für die amerikanischen Delegierten

× New-York, 23. Januar. (Reuter.) In sozialistischen Kreisen verlautet, daß den drei Sozialisten, die zur internationalen Sozialistenkonferenz nach London reisen wollten, die Pässe verweigert wurden.

Die Pariser Vorkonferenz

Von der Pariser Friedenskonferenz wird amtlich gemeldet: Die Versammlung beschäftigte sich mit den Punkten, die auf der Tagesordnung der Vollversammlung am Sonnabend stehen. Folgende Fragen wurden von diesen Gesichtspunkten aus behandelt: 1. Internationale Arbeitergesetzgebung, 2. Verantwortlichkeit für den Krieg und Strafbestimmungen, 3. Schadensersatz, 4. internationale Verwaltung von Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen. Die Versammlung wird die Art des Vorgehens bei Regelung von Gebietsfragen zu prüfen beginnen.

Die „Times" melden aus Paris: Der Antrag auf Auslieferung Wilhelms II. umfaßt auch die Forderung auf Auslieferung von neun namentlich aufgeführten Mitschuldigen Wilhelms II. Unter ihnen ist General Ludendorff, Admiral v. Tirpitz, Staatssekretär v. Jagow, der frühere deutsche Kronprinz und General v. Falkenhayn.

„Progrès de Lyon" meldet: Leon Bourgeois hat am Dienstag eine mehr als einstündige Unterredung mit Wilson gehabt, deren Gegenstand der Völkerbund war. Im „Petit Parisien" fordert der Unterstaatssekretär für Handel Boussion für Frankreich 920 000 Tonnen deutschen Schiffsraum als Ersatz für die im Kriege verlorene Tonnage. Frankreich müsse die ihm zusagenden Schiffe auswählen dürfen. „Progrès de Lyon" erfährt ferner aus Brüssel: Belgien verlange in Afrika einen Weg vom Kongo zum Indischen Ozean, bestehe aber vor allem auf seinen Gebietsforderungen in Europa, nämlich Luxemburg, Limburg und Scheldemündung.

Die Einzelverträge der Alliierten hinfällig

g. Genf, 24. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Pichon erklärte im Kammerausschuß für Auswärtiges, durch die Zustimmung der Alliierten zum Wilsonschen Völkerbund seien die früheren Einzelverträge zwischen den Alliierten in gewissem Sinne hinfällig geworden. Die polnische Frage, die italienische und die rumänische Frage könnten heute nur noch auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gelöst werden. Zum Schlusse seiner Ausführungen sprach Pichon seinen tiefen Schmerz aus über die beklagenswerten Vorkommnisse der letzten Woche in den elsässischen Industriestädten. (Pichon meint damit Kundgebungen deutscher Arbeiter gegen Frankreich. — Die Red.)

Die Hinrichtung der Zarenfamilie

In Berlin erscheint seit kurzem eine Zeitung in russischer Sprache „Wremja", die in ihrer neuesten Ausgabe eine Schilderung des Lebens der Zarenfamilie in der Gefangenschaft und ihres grauenvollen Todes veröffentlicht. Die Einzelheit hat der in vergangener Woche einige Tage in Berlin weilende Graf A. N. Tolstoj einem Mitarbeiter des genannten russischen Blattes mitgeteilt. Die Behandlung der Gefangenen sprach allen Gesetzen der Menschlichkeit Hohn, die man selbst auf den Schuldigsten anwendet. Furchtbar aber traf die Grausamkeit die Zarin und die Töchter und den schwerkranken Sohn. Unter den wenigen, die das Los der Familie Romanow freiwillig teilten, befand sich der Arzt Prof. Botkin, die Vorleserin Frau Schneider und Baronin Buxhevden. Man ließ die Gefangenen auf ihrem Stroh keine Nacht schlafen und quälte sie mit schrecklichen Mißhandlungen.

Als die tschecho-slowakische Armee näherrückte, also bereits Mitte Juli, wurde es den örtlichen Sowjet-Behörden klar, daß es den disziplinlosen Rotgardisten nicht gelingen würde, die Stadt Jekaterinburg zu halten. Man beschloß die Ermordung der ganzen Familie Romanow. Die „Wremja" schildert die Einzelheiten des „Verfahrens" wie folgt:

„Unter dem Einfluß dieser Ereignisse fand am 16. Juli abends eine außerordentliche Sitzung des Jekaterinburger Sowjets statt, an welcher auch die Beauftragten der Republik teilnahmen. Die Sitzung dauerte bis 1 Uhr morgens. Für die Hinrichtung der Zarenfamilie stimmte als Erster der Vorsitzende des Sowjets, ein Arbeiter namens Beloborodow. Er wurde vom Vorsitzenden der Jekaterinburger Außerordentlichen Kommission, dem Justizminister Jurowsky, unterstützt. Nachdem das Urteil durch die Unterschriften der Anwesenden bestätigt war, begaben sich Jurowsky und Beloborodow ins Haus des Ingenieurs Ipatjew, um der Hinrichtung beizuwohnen, mit deren Ausführung die wachthabende Abteilung der Rotgardisten betraut werden sollte.

Die Wache verlangte von den Erschienenen nicht einmal die Vorzeigung ihrer Mandate oder des Urteils. Die mündliche Mitteilung wurde von einem dröhnenden Hurra empfangen, worauf der Haufen Rotgardisten laut stampfend und waffenklirrend dem Schlafzimmer der Zarenfamilie zustürzte. Als der Zar und die Zarin das Hurra-Geschrei und das Gestampf der nahenden Rotgardisten vernahmen, begriffen sie sofort, um was es sich handelte. Sie warfen rasch ihre Unterkleider um und fielen sich auf die Knie nieder, um zu beten. Die von Schauder ergriffenen Großfürstinnen drückten sich aneinander; der Thronfolger brach in Tränen aus; er versuchte sich zu erheben und fiel aus dem Wagen, der sein Krankenbett war. Der Zar unterbrach sein Gebet und nahm seinen kranken Sohn in die Arme. Die Zarin betete weiter.

Da öffnete sich die Tür und Jurowski, gefolgt von den bewaffneten Rotgardisten, trat ins Zimmer. Die Baronin Buxhevden, welche auf den Lärm herbeigeeilt war, stürzte zur Zarin und brach an ihrer Seite in hysterischen Krämpfen zusammen.

Jurowski wandte sich mit einem furchtbaren Lächeln zum Zaren und sagte: „Wie ich sehe, haben Sie sich schon bereit gemacht." — „Ja, — ich bin bereit!" antwortete der Zar.

„Aber nicht dich allein brauchen wir!" stieß Jurowski roh hervor und fügte zynisch hinzu: „Wir werden auch deiner Zarin . . . und deiner ganzen Brut ein Ende machen!" Er wies mit der Hand auf die Zarenfamilie und die Baronin Buxhevden und rief den Rotgardisten zu: „Treibt sie vorwärts. Ohne Umständel"

Die Rotgardisten umringten die Verurteilten und drängten sie der Türe zu. Der Zar brach als Erster auf, den ohnmächtigen Sohn in den Armen. Er war bleich und schwankte, erholte sich aber bald und ging gefaßt voran. Die Zarin folgte mit festen Schritten, indem sie ununterbrochen leise betete. Die Großfürstinnen und die Baronin Buxhevden schluchzten hysterisch und die Rotgardisten schleppten sie in des Wortes wahrer Bedeutung zur Hinrichtungsstelle, dem Keller des Hauses Ipatjew. An der Treppe, die zum Keller führte, begegneten die Verurteilten einer andern Gruppe, bestehend aus dem Leibarzt Botkin, Frau Schneider, dem Fürsten Dolgoruky und dem Grafen Tatischtchew. „Sie auch?" sagte der Zar zu Botkin. Der Professor zitierte heftig und blieb stumm.

Da man fürchtete, daß im engen, mit Ziegelsteinen ausgelegten Kellerraum die Gewehrkugeln abprallen könnten, schossen die Rotgardisten auf die Verurteilten aus nächster Nähe mit Revolvern, indem sie zwischen die Augen oder auf die Schläfen zielten. „Man erschoß sie der Reihe nach, jeden einzeln", erzählten nachträglich die Regierungskommissare und Rotgardisten ihren Bekannten. Erst kam die Zarin, dann ihre Töchter und zum Schluß der Zar, welcher den Thronfolger nicht aus den Armen gelassen hatte . . .

Die Leichen der Hingerichteten wurden auf ein Lastautomobil geladen und noch in derselben Nacht nach einem verlassenen Schacht außerhalb der Stadt gebracht. Dort wurden sie mit Petroleum begossen und angezündet. Der Haufen Asche und verkohlter Knochen wurde mit Erde verschüttet.

Die Massenhinrichtungen der Bolschewisten

s. Basel, 24. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Stockholm: Nach einem Bericht in der Petersburger „Pravda" sind im vierten Quartal 1918 durch die russischen Sowjets 13 764 standrechtliche Urteile vollstreckt worden.

Abbruch der Beziehungen Schwedens zur Sowjetregierung

× Kopenhagen, 23. Januar. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Der russische Sowjetvertreter Worowski hat „Folkets Dagblad" zufolge von der schwedischen Regierung die Aufforderung erhalten, mit seinem ganzen Personal Schwe-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190125/1